

Red Hand Day 2019

Pressekonferenz

am 11. Februar 2019

Bundespressekonferenz, Berlin

Die Internationale Verantwortung Deutschlands für Kinder in bewaffneten Konflikten

Frank Mischo

Advocacy-Manager Kinderrechte, Kindernothilfe e.V.

und Sprecher Deutsches Bündnis Kindersoldaten

Was ist zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, insbesondere Kindersoldaten, dringend nötig?

Der Friedensnobelpreisträger Dr. Denis Mukwege setzt sich im Ostkongo durch medizinische Operationen und Traumatherapie gegen die im Konflikt systematisch angewandte sexuelle Gewalt ein. Vergewaltigung von Mädchen und Frauen wird zunehmend und systematisch als Waffe eingesetzt. Auch die Angriffe auf Helfer und die Gesundheitseinrichtungen nehmen zu. Die Straflosigkeit der Täter ist ein Faktor für die Zunahme. Ein Beispiel für internationale Verantwortung, denn im Kongo geht es auch um Kindersoldat*innen, politische oder Rohstoffinteressen, Folgen der Rüstungsexporte und um die Zukunft seiner Kinder.

Deutschlands Rolle im UN-Sicherheitsrat für Kinder in bewaffneten Konflikten

Am 24. Januar stellte Außenminister Maas die Agenda Deutschlands im UN-Sicherheitsrat für die kommenden zwei Jahre vor. Ein Schwerpunkt liegt auf der Stärkung des humanitären Völkerrechts, Konfliktprävention und der Arbeitsgruppe für Frauen, Frieden und Sicherheit.

- Deutschland will die UN-Agenda 1325 besser umsetzen und das Mandat der UN-Sonderbeauftragten durch eine Resolution stärken.
- Deutschland will die Verbrechen gegen Frauen dokumentieren und die Täter zur Rechenschaft ziehen, um die Kultur der Straflosigkeit zu beenden.
- Die Förderung nationaler Aktionspläne zum Schutz von Mädchen und Frauen.
- Die Teilhabe von Mädchen und Frauen für Prävention und Lösung von Konflikten.

Gemeinsam mit Frankreich wird der Vorsitz des Sicherheitsrats im März und April 2019 gestaltet.

Deutschlands Beitrag im französischen G7-Prozess zum Schutz und zur Förderung von Mädchen in Krisen und Konflikten

Frankreich und Deutschland arbeiten auch im G7-Prozess für den **Schutz von Mädchen** und für das **Recht von Mädchen auf Bildung und Gesundheit** in Krisen- und Konfliktgebieten zusammen. 39 Millionen Mädchen bekommen in Konfliktsituationen keinen Zugang zu Bildung. Deutschland und Frankreich unterstützen z.B. den Bildungsfonds „Education cannot wait“ für Bildung in Krisen- und nach Konflikten. Trotz der Steigerung des Deutschen Beitrags auf 31 Mio.Euro reichen die Mittel bei weitem nicht aus. Schutz für Mädchen und Frauen, sowie Verbesserungen beim Bildungs- und Gesundheitszugang in Konflikten sind deshalb gute Themen für deutsches Engagement und Verantwortung bei G7 und in der UN.

Was muss Deutschland deshalb für Kinder in bewaffneten Konflikten tun?

Die Förderung von Bildungsmöglichkeiten vor, in und nach Konflikten.

Zuerst die Verhinderung der Einbeziehung von Schulen in bewaffneten Auseinandersetzungen. Aber auch die Nutzung von Schulen als Schutzraum vor Militarisierung, Rekrutierung und allen Formen von Gewalt und Missbrauch. Friedenserziehung muss in den Lehrplänen und in der Lehrerfortbildung verankert werden. So kann Bildung präventiv und friedensfördernd wirken. Deutschland hat im Mai 2018 die Safe School Declaration zum besonderen Schutz von Bildungseinrichtungen ratifiziert. Es mangelt noch bei der Implementierung.

Ein Ende der Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen und schneller Wiederaufbau

Weltweit werden wie im Kongo immer mehr Krankenhäuser oder Gesundheitsfachkräfte angegriffen. Hier sollte Deutschland ansetzen und sowohl die Safe Hospital Declaration zum Schutz von Gesundheitseinrichtungen und Mitarbeitern ratifizieren, als auch schnelle unbürokratische medizinische und therapeutische Hilfe zu Verfügung stellen.

Ehemalige Kindersoldaten brauchen Unterstützung.

Von geschützten Auffangeinrichtungen mit therapeutischen Angeboten bis hin zu Resozialisierungs- und Familienreintegrationsprogrammen. Schnelle schulische und berufsbildende Angebote sind lebensnotwendig, um aus dem erlernten Kreislauf der Gewalt auszubrechen. Immer wieder kommt es beispielsweise zu Freilassungen von Kindersoldaten in Konfliktgebieten oder Bemühungen von Staaten, keine Kinder mehr zu rekrutieren. Diese Kinder werden oft mehr als Sicherheitsrisiko und als Täter wahrgenommen und deshalb oft verhaftet oder erneut rekrutiert. Gezielte Programme müssen die Kinder schnell vor weiterer Verfolgung, Tod oder Vergewaltigung schützen. So wurden z.B. in Afghanistan 2018 Gesetze gegen die Kriminalisierung von in Kämpfen aktiven Kindern, sowie das Verbot von Kindersoldaten in der staatlichen Armee in Kraft gesetzt. Oder in Nigeria wurden 2018 833 Kinder aus der Paramilitärischen Civilian Joint Task Force (CJTF) durch den Aktionsplan der Vereinten Nationen entlassen. Der im September 2018 gegründeten Globalen Koalition zur Reintegration ehemaliger Kindersoldaten fehlen ausreichende finanzielle Ressourcen für schnelle und langfristig angelegte Programme.

Deutschland soll deshalb deutlich **mehr Geld für solche Kindersoldaten-Hilfsprogramme** zu Verfügung stellen, um den zunehmenden Krisen und Konflikten angemessen entgegenzutreten: Sowohl **Präventions-** als auch **Reintegrationsprogramme für Kindersoldaten** in Krisenregionen sind extrem wichtig, um Kinder in Konflikten zu schützen und neue Lebensperspektiven zu unterstützen.

Deutsche Rüstungsexporte vor allem in Konfliktregionen beenden

Zentral ist auch ein Stopp der deutschen Rüstungsexporte besonders von Kleinwaffen, in Krisengebiete in denen Kindersoldaten eingesetzt werden. Deutschland ist als drittgrößter Waffenexporteur besonders in der Pflicht. Gerade in Konfliktländern wie Afghanistan, dem Irak, dem Jemen, Myanmar, Somalia oder dem Sudan sind eine Vielzahl deutscher Kleinwaffen von Pistolen, zu G3 und G36 auch in den Händen von Kindersoldaten im Einsatz. Das im Yemen und im Syrienkonflikt aktive Saudi-Arabien ist ein Beispiel für die inkonsequente Deutsche Rüstungsexportpolitik. Deutschland sollte aus Fehlern lernen und neben einem restriktiven Rüstungsexportgesetz eine internationale Strategie zur Rüstungsbegrenzung mit den Sicherheitsratsmitgliedern entwickeln. Waffenaufkaufprogramme des Auswärtigen Amts meist alter Waffen oder als Erfolgsindikator in der Agenda 2030 helfen nicht, wenn zeitlich neue Waffen in die Konfliktländer geliefert oder in Lizenz hergestellt werden.

Ein wirklich **nachhaltiger Friedensindikator wäre die Beendigung der Straflosigkeit** mit einer **systematischen Strafverfolgung und Verurteilung der Verantwortlichen** für den Einsatz von Kindersoldaten. Der UN-Generalsekretär berichtet jährlich zum Thema „Kinder in bewaffneten Konflikten“ im UN-Sicherheitsrat. Auf der sogenannten „Liste der Schande“ benennt er staatliche Armeen und nichtstaatliche bewaffnete Gruppierungen, die Kinder als Soldaten rekrutieren, missbrauchen, verstümmeln oder töten. Wenn Deutschland es in seiner Sicherheitsratszeit schafft, die Straflosigkeit zu beenden und die Verantwortlichen ins Gefängnis zu bringen, hat es nicht nur eine abschreckende Wirkung, sondern auch reale Auswirkungen zur Verringerung des Einsatzes von Kindersoldaten und Gewalt.